



## Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Abgeordneten des SSW

zu „Für ein würdiges Gedenken an die friedliche Revolution 1989/1990“  
(Drucksache 19/1638)

### **Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit**

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein ist nach 2006 zum zweiten Mal Gastgeber der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Dies ist im 30. Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution eine besondere Ehre. Beide Ereignisse sind untrennbar miteinander verbunden. Die Deutsche Einheit wäre nicht möglich gewesen ohne den Mut der Menschen in der DDR, die 1989 unter hohem persönlichen Risiko für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eingetreten sind. Ihrem Engagement gilt unverändert Dankbarkeit und Anerkennung. Mit Recht verwahren sich damalige Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler gegen Versuche, ihr Eintreten für Demokratie in eine Reihe mit nationalistischen und ausländerfeindlichen Aktivitäten zu stellen. Ziel muss es sein, die Werte Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit immer wieder in den Vordergrund zu rücken und auf allen Ebenen zu vermitteln.

Die Deutsche Einheit ist das herausragende Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte und Symbol für die friedliche Überwindung der Teilung und Unfreiheit in weiten Teilen Europas. Gleichwohl gilt es anzuerkennen, dass nicht alle Hoffnungen in den neuen Bundesländern erfüllt wurden und sich für viele Menschen die Frage nach der Anerkennung ihrer individuellen Lebensleistung stellt. Diese Umstände fanden und finden in der westdeutschen Wahrnehmung der Ereignisse bis heute unzureichende Berücksichtigung.

Die Verwirklichung der Deutschen Einheit ist ein fortwährender Prozess. Der Weg dorthin ist weder gradlinig und einfach gewesen, noch wird er es in Zukunft sein können. Trotzdem kann völlig zu Recht festgestellt werden, dass die Menschen in Deutschland die Einheit in den letzten 30 Jahren hervorragend gestaltet haben und dass das Zusammenwachsen von Ost und West trotz aller Widrigkeiten gelungen ist. Das drückt auch das Motto zum Tag der deutschen Einheit 2019 „Mut verbindet“ aus.

Für unsere Demokratie ist es unerlässlich, auf Unrecht und demokratiegefährdende Aspekte hinzuweisen. Gerade deshalb ist es wichtig, mit Zeitzeuginnen und -zeugen in den Dialog zu treten, diesen zu pflegen und für nachfolgende Generationen zu erhalten. Gerade der 9. November ist aufgrund von verschiedenen historischen Ereignissen ein wichtiger Tag in unserer wechselvollen Geschichte. Nur wer die Geschichte kennt, kann aus der Geschichte lernen und die Zukunft friedvoll gestalten. Für die politische Bildung von Schülerinnen und Schülern ist es wichtig, sich auch mit dem Unrechtsregime der DDR auseinanderzusetzen.

Der Landtag begrüßt daher die zahlreichen Veranstaltungen der Landesregierung in den Gemeinden an der innerdeutschen Grenze in Schleswig-Holstein. Dazu gehören nicht nur ein gemeinsamer Festgottesdienst von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern im Ratzeburger Dom, sondern auch die Ausstellung der Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup e.V. im Rahmen des Tags der Deutschen Einheit und des Bürgerfestes.

Der Landtag bittet die Landesregierung, anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls

- am 09. November 2019 einen Projekttag an Schulen anzuregen und einen Austausch zwischen den schleswig-holsteinischen und mecklenburg-vorpommerischen Schulen zu ermöglichen.
- den 09. November unter der Mitarbeit von Schülerinnen und Schülern im „Aktionskalender der Demokratie“ des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur aufzunehmen. Für eine entsprechende Würdigung soll in diesem Rahmen ein Schülerinnen- und Schülerpreis ausgerufen werden.
- alle Schulleitungen auf die Veranstaltungen am 09. November hinzuweisen und gemeinsam weitere Aktionen anzuregen, die auch im kommenden Jahr umgesetzt werden sollen. In diesem Zuge soll den Lehrkräften umfassendes Informations- und Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt werden.
- einen Demokratie-Projekttag mit Abgeordneten und weiteren politischen Akteurinnen und Akteuren zu ermöglichen, um unter Einbringung von DDR-Zeitzeuginnen und -zeugen insbesondere über die freie Meinungsäußerung zu diskutieren.
- eine virtuelle Erkundungsmöglichkeit der innerdeutschen Grenze Schleswig-Holsteins im geplanten Haus der Landesgeschichte zu berücksichtigen.
- zu prüfen, wie die Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup im Rahmen des Modellprojektes „Grenzgeschichten“ weiterentwickelt werden kann, um zukünftig ein regelmäßiges Schulangebot zum Thema Mauerfall vorzuhalten.

Tobias Koch  
und Fraktion

Dr. Ralf Stegner  
und Fraktion

Eka von Kalben  
und Fraktion

Christopher Vogt  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW